Antrag

der Abg. Georg Wacker u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Beteiligung der „Islamischen Glaubensgemeinschaft IGBW e. V.“ am Projektbeirat Islamischer Religionsunterricht des Kultusministeriums (Projektbeirat)

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sie die Mitgliedschaft der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) als größtes Einzelmitglied in der „Islamischen Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg“ (IGBW) vor dem Hintergrund des Verfassungsschutzberichts 2014 bewertet;
2. welche Erkenntnisse ihr über personelle Verbindungen von IGBW und IGMG vorliegen;
3. wie sie die Aussage des Verfassungsschutzberichts beurteilt, dass das Unterrichtssystem der IGMG auf einem eigenen Wertekanon basiert, der in Konkurrenz und teilweise auch im Widerspruch zu den Zielen und Methoden staatlicher Bildungsinstitutionen steht;
4. wie sich dieser Befund auf die Arbeit des „Projektbeirats Islamischer Religionsunterricht“ auswirkt, wenn die extremistische IGMG über die IGBW Einfluss nimmt;
5. wie sie es ausschließen kann, dass die IGMG über die IGBW auf den Beirat Einfluss nimmt;
6. weshalb das Kultusministerium die IGBW in den Projektbeirat berufen hat, obwohl diese an dem vom Integrationsministerium einberufenen Arbeitsgremium „Runder Tisch Islam“ weiterhin ausgeschlossen bleibt;
7. weshalb das Gefährdungspotenzial der IGBW aufgrund der organisatorischen Verbindung zwischen IGBW und IGMG vom Kultus- und vom Integrationsministerium unterschiedlich bewertet wird;

Eingegangen: 01.02.2016/Ausgegeben: 29.02.2016

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

8. weshalb sich beide Ministerien bezüglich eines einheitlichen Vorgehens nicht abstimmen;
9. weshalb sie sich unter Berücksichtigung, dass der theologische Beirat am Zentrum für Islamische Theologie an der Universität Tübingen die IGBW 2011 ausgeschlossen hat, für eine andere Vorgehensweise entschieden hat;
10. weshalb der Kultusminister nicht handelt, wenn vonseiten des Landesamts für Verfassungsschutz klare Bedenken hinsichtlich der Verknüpfung beider Organisationen geäußert werden.

29. 01. 2016

Wacker, Dr. Lasotta, Wald, Müller, Traub,
Röhm, Dr. Stolz, Kurtz CDU

Begründung

Die CDU-Landtagsfraktion spricht sich für einen regulären Islamunterricht aus und begrüßt das Einbinden islamischer Verbände in den neuen Projektbeirat „Islamischer Unterricht“. Jedoch ist es nicht nachvollziehbar, dass diesem Gremium auch die „Islamische Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg“ (IGBW) angehört. Schließlich befindet sich unter dem Dachverband der IGBW ebenso die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG), eine Organisation, die seit Jahren vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Zu dieser heißt es im Verfassungsschutzbericht 2014 des Landes Baden-Württemberg: „Das Unterrichtssystem der IGMG basiert auf einem eigenen Wertekanon, der in Konkurrenz und teilweise auch im Widerspruch zu den Zielen und Methoden staatlicher Bildungsinstitutionen steht.“ Entsprechend besteht die Gefahr, dass durch den Zusammenhang der beiden Organisationen letztlich auch Anliegen der IGMG im Projektbeirat vertreten werden.

Das Ministerium für Integration reagierte bereits 2011: Bei der Einrichtung des „Runden Tisches Islam“ wurde die IGBW aufgrund ihrer Nähe zur IGMG nicht eingeladen. Im selben Jahr wurde seitens der Landesregierung auch das Mitwirken der IGBW beim theologischen Beirat am Zentrum für Islamische Theologie an der Universität Tübingen gestoppt. Umso unverständlicher ist es, dass das Kultusministerium weiterhin keinen Handlungsbedarf sieht und die Warnung des Landesamts für Verfassungsschutz und des eigenen Integrationsministeriums weiter ignoriert.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 23. Februar 2016 Nr. RA-7164.15/1 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Einvernehmen mit dem Innenministerium und dem Integrationsministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. wie sie die Mitgliedschaft der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) als größtes Einzelmitglied in der „Islamischen Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg“ (IGBW) vor dem Hintergrund des Verfassungsschutzberichts 2014 bewertet;*
- 2. welche Erkenntnisse ihr über personelle Verbindungen von IGBW und IGMG vorliegen;*

Die IGBW selbst ist nicht Beobachtungsobjekt des Landesamts für Verfassungsschutz, unbeschadet der Tatsache, dass ein Großteil der in der IGBW organisierten Vereine der IGMG zugerechnet werden können. Zudem bestehen personelle Verbindungen zwischen IGMG und IGBW. Die IGMG wird vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet. Es handelt sich bei der IGBW um eine Organisation, die sich 2004 eine eigene Satzung gegeben hat und mit dem Anspruch auftritt, „die allseitige Erfüllung der sich aus der islamischen Lehre ergebenden Aufgaben und Pflichten sowie Gewährleistung der Religionsausübung ihrer Mitglieder“ zu bezwecken.

- 3. wie sie die Aussage des Verfassungsschutzberichts beurteilt, dass das Unterrichtssystem der IGMG auf einem eigenen Wertekanon basiert, der in Konkurrenz und teilweise auch im Widerspruch zu den Zielen und Methoden staatlicher Bildungsinstitutionen steht;*

Die Landesregierung betrachtet es als kritisch, dass es insbesondere der Bildungsarbeit der IGMG, die keiner staatlichen Kontrolle unterliegt und fast ausschließlich in türkischer Sprache erfolgt, an integrativen Ansätzen fehlt, mit denen neue Perspektiven in Bezug auf die multiethische und multireligiöse Lebenswirklichkeit entwickelt werden könnten, und dass stattdessen durch das ideologisch geprägte Bildungsangebot eher die Distanz gegenüber den Werten einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaftsordnung gefördert wird. Dies bestärkt die Landesregierung in ihren Bemühungen, den im Rahmen eines Modellprojekts an derzeit fast 70 Schulen angebotenen islamischen Religionsunterricht, der von an Hochschulen des Landes ausgebildeten Lehrkräften in deutscher Sprache erteilt wird, zügig flächendeckend auszubauen.

- 4. wie sich dieser Befund auf die Arbeit des „Projektbeirats Islamischer Religionsunterricht“ auswirkt, wenn die extremistische IGMG über die IGBW Einfluss nimmt;*
- 5. wie sie es ausschließen kann, dass die IGMG über die IGBW auf den Beirat Einfluss nimmt;*

Bei dem Projektbeirat handelt es sich nicht um ein Entscheidungsgremium, sondern um ein Beratungsgremium des Kultusministeriums zur Begleitung des bis zum Ende des Schuljahres 2017/2018 verlängerten Modellprojekts Islamischer Religionsunterricht, vor dessen Einführung im Jahre 2006 die IGBW auf Einladung der damaligen Landesregierung neben anderen aktiv an der Erstellung des ersten Bildungsplans „Islamischer Religionsunterricht sunnitischer Prägung“ für den Bereich Grundschule mitgewirkt hatte.

Neben je einer Vertreterin/einem Vertreter der Ausbildungsstätten der Lehrkräfte: der PH Karlsruhe, der PH Ludwigsburg, dem Zentrum für Islamische Theologie der Universität Tübingen und dem Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung (Gymnasien) Stuttgart gehören dem achtköpfigen Projektbeirat Vertreter der vier maßgeblichen islamischen Verbände an, die selbst bzw. deren Mitglieder im

Land Moscheen unterhalten, wobei die IGBW wie auch die Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB), der Landesverband der Islamischen Kulturzentren BW e. V. (LVIKZ) und die Islamische Gemeinschaft der Bosniaken e. V. (IGBD) jeweils einen Vertreter in das Gremium entsandt haben.

Ziel der Landesregierung ist es, dass die vier in dem Projektbeirat vertretenen islamischen Verbände nach Auslaufen des Modellprojekts im Sommer 2018 die gemeinsame Trägerschaft für den islamischen Religionsunterricht übernehmen. Voraussetzung hierfür ist, dass jeder der vier Verbände zweifelsfrei für sich die gesetzlichen und von der höchstrichterlichen Rechtsprechung geforderten Voraussetzungen erfüllt, darunter die Staatsferne und die Rechtstreue, insbesondere die Verfassungstreue. Hierbei wird genau zu prüfen sein, ob die IGMG über die IGBW Einfluss auf den Projektbeirat islamischer Religionsunterricht nimmt.

6. weshalb das Kultusministerium die IGBW in den Projektbeirat berufen hat, obwohl diese an dem vom Integrationsministerium einberufenen Arbeitsgremium „Runder Tisch Islam“ weiterhin ausgeschlossen bleibt;

Maßgeblicher Grund für die Berufung der IGBW in den Projektbeirat ist, dass die IGBW, wie auch die DITIB und der LVIKZ, einen Antrag auf eigenständige Erteilung eines islamischen Religionsunterrichts sunnitischer Prägung gestellt hat. Gemäß Art. 7 Abs. 3 des Grundgesetzes (GG) hat grundsätzlich jede Religionsgemeinschaft einen Rechtsanspruch darauf, dass Schülerinnen und Schülern ihres Bekenntnisses Religionsunterricht erteilt wird. Der weltanschaulich neutrale Staat darf sich nach unserer Rechtsordnung nicht einzelne Religionsgemeinschaften auswählen, deren Erscheinungsbild und deren Glaubenslehren ihm besonders gut gefallen. Vielmehr ist er durch die Verfassung zur Gleichbehandlung der verschiedenen Religionsgemeinschaften verpflichtet. Da das in staatlicher Verantwortung stehende Modellprojekt Islamischer Religionsunterricht nur eine Übergangslösung bis zur Einführung eines von der Verfassung als Regelfall vorgesehenen inhaltlich von einer Religionsgemeinschaft verantworteten Religionsunterrichts darstellt, war es im Hinblick auf die vom Land angestrebte gemeinsame Trägerschaft für einen regulären islamischen Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen des Landes geboten, Vertreter aller antragstellenden und – unter Beteiligung der Bosniaken – von der Bedeutung relevanten Verbände, die alle die islamisch-sunnitische Glaubenslehre vertreten, in den Projektbeirat zu berufen. Eine Vorentscheidung, ob alle Verbände die zwingenden Voraussetzungen für eine Anerkennung als Religionsgemeinschaft i. S. von Art. 7 Abs. 3 GG erfüllen, ist damit nicht verbunden.

Im Unterschied zur Bildung und Zusammensetzung des Projektbeirats, der vor dem Hintergrund des verfassungsrechtlichen Rechtsanspruchs auf Einführung eines bekenntnisorientierten Religionsunterrichts bei Vorliegen der erforderlichen Voraussetzungen zu sehen ist, handelt es sich beim „Runden Tisch Islam“ um eine alleinige Initiative des Landes in Verantwortung des Integrationsministeriums. Ein Anspruch eines Verbandes oder einer Organisation besteht hier nicht.

7. weshalb das Gefährdungspotenzial der IGBW aufgrund der organisatorischen Verbindung zwischen IGBW und IGMG vom Kultus- und vom Integrationsministerium unterschiedlich bewertet wird;

8. weshalb sich beide Ministerien bezüglich eines einheitlichen Vorgehens nicht abstimmen;

Differenzen zwischen dem Integrationsministerium und dem Kultusministerium hinsichtlich einer Einbindung der IGBW in den Projektbeirat Islamischer Religionsunterricht sowie mangelnde Abstimmung beider Häuser liegen nicht vor. So war bei der konstituierenden Sitzung des Projektbeirats in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des Kultusministers auch der Amtschef des Integrationsministeriums zugegen. Hintergrund der unterschiedlichen Zusammensetzung von Projektbeirat und „Rundem Tisch Islam“ ist nicht eine unterschiedliche Bewertung der IGBW durch die zuständigen Ministerien, sondern die oben dargestellte unterschiedliche Rechtslage.

9. *weshalb sie sich unter Berücksichtigung, dass der theologische Beirat am Zentrum für Islamische Theologie an der Universität Tübingen die IGBW 2011 ausgeschlossen hat, für eine andere Vorgehensweise entschieden hat;*
10. *weshalb der Kultusminister nicht handelt, wenn vonseiten des Landesamts für Verfassungsschutz klare Bedenken hinsichtlich der Verknüpfung beider Organisationen geäußert werden.*

Am 17. Februar 2012 haben die drei Verbände DITIB, IGBD sowie LVIKZ und die Universität Tübingen eine Vereinbarung über die Einrichtung eines siebenköpfigen Beirats unterzeichnet. Dem Beirat sollte ursprünglich auch ein Vertreter der IGBW angehören. Von einer Beteiligung der IGBW wurde abgesehen, nachdem das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft mitgeteilt hatte, seine finanzielle Förderung zurückzuziehen, wenn die IGBW im Beirat vertreten sei.

Demgegenüber hat sich das Kultusministerium bewusst für die Einbeziehung der IGBW in den Projektbeirat Islamischer Religionsunterricht entschieden. Damit wird sichergestellt, dass der islamische Religionsunterricht grundsätzlich allen islamischen Schülerinnen und Schülern ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten islamischen Religionsgemeinschaft zugänglich ist.

Ziel des Kultusministers wie auch der gesamten Landesregierung ist es, die islamischen Gemeinschaften soweit wie möglich zu integrieren. Dies gelingt nur, wenn sie – wie z. B. im Projektbeirat – in die Verantwortung mit eingebunden und nicht ausgegrenzt und auf den Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten verwiesen werden. Selbstverständlich werden die Erkenntnisse des Landesamts für Verfassungsschutz Gegenstand der ausstehenden Gespräche im Rahmen des Verfahrens zur Anerkennung als Religionsgemeinschaft i. S. von Art. 7 Abs. 3 GG sein.

Stoch

Minister für Kultus,
Jugend und Sport